

Gewerkschaft der Polizei

top@ktuell

landesbezirk@gdpbayern.de

eMail-News 29/2003

Konsequenzen aus dem Bundesratsbeschluss

Wie berichtet hat der Bundesrat mit seinem Beschluss vom 14.03.03 den Ländern erheblichen Spielraum zur eigenverantwortlichen Ausgestaltung von Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld verschafft. Bei näherer Betrachtung des Gesetzentwurfs fällt auf, dass dieser zwar die Zerteilung des Weihnachtsgeldes in monatliche Teilbeträge zulässt, ein Einbau in das Grundgehalt wird aber nicht möglich sein. Vielmehr muss der jeweilige Landesgesetzgeber dann entscheiden, ob diese Teilbeträge zum einen ruhegehaltfähig sind und/oder an künftigen Besoldungserhöhungen teilnehmen. Wir werden in Bayern unverzüglich Verhandlungen mit den politisch Verantwortlichen aufnehmen, damit Weihnachts- und Urlaubsgeld in der bisherigen Höhe bestehen bleiben.